A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 29. April 1926 — Donnerstag Morgen

Chefredakteur Dr Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beiln: Welt und Wert * Zeit und Stoff * Wirtschaft und Recht * Weltverkehr * Bild und Film.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. —:—:— Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. —:—:—

65. Jahrgang — Nr. 198 — 29. 4. m — 15 Pfennig

Der Tag der Wirtschaft.

Die Tagung des Deutschen Industrie- und Handelstages wurde maßgebend beeinflußt durch eine groß angelegte Rede unseres Reichskanzlers. Die Reichsregierung hatte offenbar das Bedürfnis, den Wirtschaftsführern dem Lande laut zu sagen, daß sie die Wirtschaft nicht treiben lasse, sondern daß sie sehr aufmerksam den Gang des ökonomischen Geschehens verfolge. Die Rede des Reichskanzlers fand den angestellten Beifall der großen Hauptversammlung, und man kann sich dieser Zustimmung im großen ganzen durchaus anschließen.

Die Rede war nach außen und nach innen gerichtet. Wir müssen, wenn wir „reparationsfähig" sein und bleiben wollen, eine viel größere Ausfuhr haben, als wir sie zurzeit bewerkstelligen können. Das ist unbedingt richtig. Die deutsche Ausfuhr bestritt vor dem Kriege, als wir keine Schulden im Auslande hatten, ein Achtel des Weltbandelsverkehrs der wichtigsten Industriestaaten und heute nur etwa ein Vierzehntel. Das Land, das verurteilt ist, große Tribute zu zahlen, muß eine exorbitant große Ausfuhr haben, denn nur in Waren sind diese Beträge zu entrichten. Es bleibt (wohl aus außenpolitischen Gründen) ungesagt, daß Europa heute wirtschaftlich keineswegs konsolidiert ist, insonderheit kämpft das große russische Absatzgebiet gegenwärtig mit einer Währungsnot und hat die Einfuhr nach den vorliegenden Meldungen deutlich abgedrosselt, und ebenso liegt die französische Währung noch keineswegs im warmen Bett. Von dieser letzteren Tatsache gehen Störungen der europäischen Wirtschaft und des deutschen Außenhandels aus, welche zu beseitigen nicht in unserer Macht liegt. Der Hinweis des Kanzlers darauf, daß die Verlängerung der Folgeresen infolge der politischen Neigestaltung Europas 7000 Kilometer beträgt, war außerordentlich treffend; und wenn die Weltwirtschaftskonferenz zurzeit nach Verhandlungsstoff sucht, so sollte sie diese Tatsache, welche von den Vertretern Deutschlands schon amtlich der Konferenz von Genua stark betont wurde, insbesondere zum Gegenstand der Erörterung machen.

Mutig und ohne Rücksicht auf die Straße sagte der Kanzler gegen die neuen Aufwertungsbestrebungen zu Felde. Es ist keiner im Lande, der nicht durch die Inflation geschädigt worden wäre. Der eine möchte dies, der andere möchte das höher aufgewertet wissen, Banknoten und Sparkassenguthaben, Hypotheken und Staatsanleihen. Und was dem einen recht ist, muß in dieser Hinsicht dem anderen billig sein. Dennoch zwingt die einfache Logik zu der Feststellung, daß wir in Gemeinschaft alle noch ärmer werden, als wir es ohnedies sind, wenn unter diese Frage nicht endlich der Schlußstrich gemacht wird und wir noch einmal die Gefahren neuer Inflation, die von einer Desorganisation der Konferenz von Genua stark genährt wurde, auf uns nähmen. Die Dinge liegen allerdings so, daß die öffentlichen Hände heute in der Aufnahme neuer hochverzinslicher Schulden u. C. so unbedenklich vorgehen, daß dadurch die Begeisterlichkeit der früheren Geldgeber, also der Inflationsgeschädigten, neue Nahrung ziehen muß. Von diesem Standpunkt aus müssen die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Schacht über das Anbrängen der öffentlichen Hand zu dem Geldmarkt nachmals unterstrichen werden. Wenn der Kanzler als ein günstiges Moment unserer Wirtschaftslage das Anwachsen der Spareinlagen einerseits und die gute Unterbringung von Pfandbriefen und festverzinslichen Werten in Höhe von fast einer halben Milliarde Mark anderseits hervorgehoben hat, so zwingt die Stetigkeit solcher Tatsachen zu Einschränkung: erstens sind diese Kapitalbildung nicht nebeneinander her, sondern die Spareinlagen bestrichen den Anleihemarkt, und zweitens ist es nicht individuelle Kapitalbildung, welche die Unterbringung der festverzinslichen Werte möglich macht, sondern zum guten Teil sind das, wie auch Herr Dr. Schacht betonte, brach bei uns liegende Auslandsgelder.

Auch der Tatsache, daß wir eine furchtbare Anzahl von Erwerbslosen und Kurzarbeitern haben, ging der Kanzler nicht aus dem Wege. Man kann sich darüber streiten lassen mögen, daß er Worte der Beruhigung darüber zu finden gewußt hätte, wie diese Schlage ohne Erschütterung der öffentlichen Finanzwirtschaft und die Dauer vorgehen zeit wird. Denn wie wir jüngst an anderer Stelle dieses Blattes auseinandersetzten, werden heute entscheidende Teile der Einkommensteuern bereits von den Kosten der Erwerbslosenfürsorge verschlungen. Das Aufkommen aus Lohnsteuern wird in den letzten Monaten außerordentlich stark angefressen durch die Abbeugung vieler Arbeiter und Angestellten. Arbeiterseits sind von Ende Februar ab die Beiträge der Erwerbslosen namhaft erhöht worden. Es wird außerhalb zu verfolgen sein, wie sich die öffentlichen Hände innerhalb dieser Zwickmühle hindurchfinden wissen. Wir rechnen nicht mit einer baldigen wirklich durchgreifenden Abnahme der Erwerbslosenzahlen, denn die Rationalisierung der Betriebe, die heute im Zuge ist, wirkt leider vorerst noch Tausende von Leuten auf die Straße.

Wenn der Kanzler das Bedürfnis hatte, auch eine Lanze für die Preisabbauaktion der Regierung in diesem Kreise zu brechen, so ist das verständlich. Der Kanzler meinte, daß die Kritik an dem Erfolg dieser Regierungsaktion auf politischem Boden gewachsen sei. Hier können wir ihm denn doch nicht folgen. Eine Regierung, selbst wenn sie noch so stark ist und die besten Absichten hat, kann Preise nicht „machen". Es ist nachzuweisen, daß, als die deutsche Regierung ihre Preisabbauaktion eingeleitet, ein Rückgang der Preise in den wichtigsten Weltmarktartikeln einsetzte. Wir sind in unserem Rohstoffbezuge so abhängig vom Weltmarkt, und sind es mehr als vor dem Kriege, daß die entscheidende Note in den Preisen leider nicht wir spielen, sondern der ausländische Markt. Und diesem vom Auslande kommenden Tonfall danken wir in erster Linie den Rückgang unserer Inlandspreise. Neuerlich stiegen die Preise auf dem Weltmarkt und damit hob sich auch leider zwangsläufig unser Großhandelspreisindex.

Die warmen Worte, welche der Kanzler auf dieser Tagung der Industrie und des Handels für unsere heimische Landwirtschaft fand, verdienen besonders vermerkt zu werden. Er zitierte den alten Volksspruch: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt." Auch auf der letzten Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat der Vorsitzende Geheimrat Duisberg die Bedeutung der Landwirtschaft als Auftraggeberin der deutschen Industrie stark unterstrichen. So fanden auch die Worte des Reichskanzlers in diesem Kreise durchaus Verständnis.

Alles in allem war diese Ansprache (wie die anderen Reden der Tagung) dem Temperament des Vortragenden entsprechend auf einen durchaus bejahenden Ton gestimmt. Es war ein Appell an die wirtschaftliche Vernunft nach drinnen und nach draußen, von dem man wünschen muß, daß er überall gehört werde.

G. P.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Reichstagskampf um die Fürstenabfindung.

Hitzige Reden, neue Anträge, keine Lösung.

Am Vormittag erfolgte die Konkursanmeldung des Reichsausschusses über seine in 36 Sitzungen und 100 einzigen Besprechungen erschöpften Bemühungen, einen gütlichen Ausweg aus dem Dilemma der Fürstenabfindung zu suchen. Am Mittag begann im Reichstagsplenum die Aussprache über das Ergebnis. Sozialdemokraten und Kommunisten und Sozialdemokraten mit der Schärfe gestiegen, die einige Bekennungen weckt, wenn man danach die Aussichten der Kampfesart draußen für den Volksentscheid beurteilen will.

Am Nachmittag scheiterten interfraktionelle Besprechungen zwischen den Regierungsparteien über die etwaige Wiederaufnahme der Verhandlungen im Rechtsausschuß. Am Abend trafen die Fraktionen einzeln zusammen und beschlossen: die Demokraten: Festhalten an ihrem Zusatzantrag zum Enteignungsgesetz für den Volksentscheid (im Ablehnungsfalle Ablehnung der Enteignung), die Volkspartei: Ablehnung beider Anträge, das Zentrum: Einbringung eines eigenen Vermittlungsantrages, zu dem die übrigen Parteien aber noch nicht Stellung genommen haben.

Es ist festzustellen, daß die Verwirrung im Parlament in bedrohlicher Weise um sich greift, und es ist kein Wunder, wenn draußen im Lande kein Mensch mehr aus dem Durcheinander von politischen und rechtlichen Streitfragen, Kompromißversuchen, Parteiverbandlungen, Anträgen, Zusatzanträgen und Gegenanträgen herausfindet.

Die wieder einmal wachende Empörung über das parlamentarische Durcheinander wird nicht geringer werden durch den Verlauf der ersten Kampftage im Reichstag. Der Sozialdemokrat Rosenfeld, der den Enteignungsantrag begründete, brachte es fertig, den deutschen Fürsten die Kriegsschuld anzulasten. So weit vermag blinder Fanatismus gegen das eigene Volk zu wüten! Die Rede des Grafen Westarp war gleichfalls von einer Wehemenz, wie sie niemand erwartet hatte. Die Linke leitete aus dem Grundrecht der Rede die von ihr sehr vergnügt registrierte Ansicht ab, daß die Deutschnationalen für weitere Kompromißbemühungen der Mittelparteien nicht mehr in Frage kämen. Aber diese wunschgeborene Ansicht geht nicht gegen Geistung.

Die Regierungsparteien gaben getrennte Erklärungen ab, da die Demokraten die Beteiligung an einer gemeinsamen Erklärung abgelehnt hatten. Für die Regierung sprach Dr. Kulz. Er hatte angesichts der im Ausschuß von allen Parteien gegen die mangelnde Initiative der Regierung erhobenen Vorwürfe keinen leichten Stand. Wenn er diese mangelnde Initiative bestritt, so fand er in gewissem Widerspruch zur Darstellung des Justizministers im Ausschuß, der die Taktik der Regierung als absichtliche vorsichtige Zurückhaltung zu erklären versucht hatte. Dr. Kulz äußerte weiter die Ansicht, daß dem Plebiszit nur sehr bedingte Zweckmäßigkeit zukomme und daß der parlamentarischen Gesetzgebung der Vorrang gegeben werden müsse. Wird er die Konsequenzen dieser Erkenntnis ziehen und dem Reichstag eine Vorlage über die Beseitigung des Volksentscheids unterbreiten? Diese Problem könnte vielleicht mehr Anspruch auf Aktualität erheben als die, wie man hört, von der Regierung geplante Besprechung der bayerischen Verfassungsbeschrift, deren Ausgrabung in diesem Augenblick so anmutet, als sei die Regierung nach neuen Schwierigkeiten verwegen. Im übrigen wirkte es in der Rede des Ministers nicht gerade als Beweis des mit Recht bewiesten Willens zur Führung, wenn er lediglich die allgemeine Mahnung an die Parteien richtete, sie möchten doch noch versuchen, sich auf ein Kompromiß zu einigen.

Tatsächlich sind die Aussichten hierfür einstweilen sehr gering. Die Abwicklung des Antragsstreits geht fortwährend weiter vor sich gehen: Der sozialdemokratisch-kommunistische Enteignungsantrag wird heute im Reichstag abgelehnt und folglich zum Volksentscheid gelangen. Der von den Sozialdemokraten gedachte demokratische Antrag wird gleichfalls abgelehnt werden und verschwindet damit in der Versenkung. Der neue Zentrumsantrag wird voraussichtlich dem Rechtsausschuß überwiesen werden (auf Annahme kann er voraussichtlich nicht rechnen und ihn zum Volksentscheid stellen zu wollen, hieße auf seine Verwirklichung verzichten). Dies ist wohl seine tiefere Bestimmung: Die Parteiverhandlungen im Ausschuß werden wieder in Fluß zu bringen und möglichst doch noch vor Abhaltung des Volksentscheids im Juni im Reichstag einen fertigen Gesetzentwurf bereit zu haben, der den Parteien ermöglicht, ihre Stellungnahme die Ablehnung des Volksentscheides zu empfehlen, da der Reichstag eine befriedigende Lösung gefunden habe.

Von der an sich bestehenden Möglichkeit, dem sozialdemokratisch-kommunistischen Antrag einen konkurrierenden Antrag zum Volksentscheid an die Seite zu stellen, wird also wahrscheinlich weder von der Regierung noch von den Parteien Gebrauch gemacht werden, und das Volk hat allein über den sozialdemokratischen Antrag auf Enteignung der Fürsten zu entscheiden.

An das Parlament im allgemeinen, dessen Kredit im Volke durch diese Vorgänge nicht gewachsen ist, an die Parteien, vor allem an die Deutschnationalen (denn die Sozialdemokraten müssen ja zeigt unentwegt Volksentscheid machen) und erst recht an die Regierung muß mit allem Ernst die Mahnung gerichtet werden, sich endlich der auf ihnen lastenden schweren Verantwortung bewußt zu sein und mit mehr Energie und gegenseitigem Verständniswillen als bisher an einer Lösung der schwierigen Frage zu arbeiten, aus der sich nachgerade ein gefährlicher Explosionsherd zu entwickeln droht.

H. W.

Ein neuer Kompromißvorschlag des Zentrums.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat beschlossen, zu der zweiten Lesung des Volksentscheidsgesetzes folgenden neuen Antrag einzubringen:

Entwurf eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern. § 1: Ueber alle nicht erledigten Streitigkeiten zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern, betreffend die vermögensrechtliche Auseinandersetzung einschließlich Auslegung abgeschlossener Auseinandersetzungen, entscheidet ein besonderes Gericht. In diesem Gericht müssen Laien maßgebend mitwirken. § 2: Für die Vermögensauseinandersetzung gelten folgende Grundsätze: 1. Anfalle der Staatsumwälzung 1918 ist die staatsrechtliche Stellung der Fürstenhäuser und ihrer Mitglieder völlig verändert, auch bezüglich ihres Verhältnisses zu den bisher in ihrem Besitze oder in ihrer Nutznießung befindlichen Vermögensstücken. 2. Als Privateigentum des Fürstenhauses oder seiner Mitglieder gilt, was ihnen rechtsmäßig zugewiesen worden ist. Im Zweifelsfalle ist auf Grund eines Privatrechtstitels mit Ausnahme der Erfindung erworben haben, a) mit privaten Mitteln, b) unentgeltlich oder auch gegen Leistung, die für nur kraft ihrer staatsrechtlichen Stellung bewirken konnten. 3. Die Folgen des verlorenen Krieges und der Revolution des Volkes haben die Fürstenhäuser mit zu tragen. Dabei ist auch die gesamte Vermögenslage der Fürstenhäuser und der Fürsten rechtsfähig zu beurteilen. Gesamtgrundbesitz des Landes entscheidend zu berücksichtigen. 4. Bei Aufwertungsansprüchen dürfen die Fürstenhäuser nicht besser gestellt werden als andere Staatsbürger. § 3: Zivilisten und ähnliche Renten fallen fort. § 4: Den Ländern sind Vermögensgegenstände, die sie aus Gründen der Kultur, der Volksgesundheit oder zu Siedlungszwecken beanspruchen, zuzuteilen. § 5: Auf Anspruche der in den Artikeln 27, 38 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (wonach in dem Gesetz über die Gleichstellung der Fürstenhäuser, und ihren Rechtsnachfolgern sind die vorstehenden Bestimmungen sinngemäß anzuwenden. § 6: Zur Ausführung dieses Gesetzes ist ein besonderes Reichsgesetz zu erlangen.

Der demokratische Abänderungsantrag.

In der interfraktionellen Besprechung der Regierungsparteien legten die Demokraten den bereits angekündigten Abänderungsantrag zu dem sozialdemokratischen Enteignungsgesetzentwurf vor. Er hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag wolle beschließen:

1. Der Ueberschrift des Gesetzes (Gesetz über Enteignung der Fürstenvermögen) werden die Worte zugefügt: „(ohne Abfindung der vormals regierenden Fürsten".

2. Artikel 1 erhält folgenden Absatz 3 anzufügen: „(Jedoch haben die Länder durch Gesetz den Fürsten und Mitgliedern der Fürstenhäuser, die bis zu der Staatsumwälzung im Jahre 1918 in den Ländern regiert haben, auch der enteigneten Vermögensmasse eine Abfindung zu gewähren, die ihnen ein einer Existenzsicherung gestattet ermöglicht. Diese Abfindungspflichten können die Länder auch durch gesetzliche Bestätigung bereits geschlossener Verträge erfüllen."

3. Den zweiten Absatz des Artikels IV zu streichen („Ausführungsbestimmungen durch Reichsgesetz)."

Dieser Antrag wird Donnerstag dem Reichstagsplenum vorgelegt werden. Zentrum und Deutsche Volkspartei lehnten ab, ihn gleichfalls zu unterschreiben.

Neues schweres Unglück beim Großkraftwerk Rummelsburg.

Zwei Tote, zwei Schwerverletzte.

Gestern in der zehnten Abendstunde hat sich auf dem Neubau des Großkraftwerkes Rummelsburg ein neues schweres Unglück ereignet. Infolge Einsturzes eines Krans fielen die auf ihm beschäftigten Arbeiter aus beträchtlicher Höhe hinab. Der Montagemeister Grunert und der Schlosser Brauer waren sofort tot. Außerdem wurden schwer verletzt die Schlosser Krüger und Krause.

Der „Norge"-Führer macht zur Weiterfahrt.

Riga, 28. 4. (Sonderdienst der DAZ.)

Der Führer des Polarluftschiffes „Norge", Signor Nobile, hat, benunzuhigt über die unerwartete Behinderung der Weiterfahrt, Amundsen telegraphisch um die Erlaubnis gebeten, sobald wie möglich nach Spitzbergen zu fliegen, auch wenn die Vorbereitungen für Unterbringung des Luftschiffes noch nicht ganz beendet sein sollten. Er fürchtet, daß Schneefälle eintreten und das Gewicht der „Norge" vermehren könnten, was eine Landung unter ungünstigen Verhältnissen notwendig machen könnte.

Riga, 28. 4. (Sonderdienst der DAZ.) Ministerpräsident Ulmanis ist zurückgetreten, nachdem die Regierung im Parlament des Budgets wegen eine Niederlage erlitten hatte.

Die Entente fordert von Deutschland Erklärungen

Ueber gewisse Punkte des Berliner Vertrages.

a. **Paris**, 28. 4. (Eigenbericht.)

Der im Gange befindliche Meinungsaustausch zwischen den alliierten Kabinetten über den deutsch-russischen Vertrag dürfte vorläufig zunächst dazu führen, von der deutschen Regierung ergänzende Erklärungen zu erhalten. Das aus dem üblichen diplomatischen Wege oder in Form eines gemeinsamen Schreibens der Botschafterkonferenz vor sich gehen wird, bleibt vorläufig abzuwarten; es ist nur, daß die Erlangung gewisser Präzisierungen auch in solchen französischen Kreisen als wünschenswert begehrt wird, die dem Vertrag sich unbedingt ablehnend gegenüberstehen. Die Haltung verantwortlicher Stellen geht, so verstärkt sich der bereits gestern gemachte Eindruck, daß der Vertrag nach Ansicht der Stellen wesentlich über das hinausgeht, was seiner Veröffentlichung erwartet wurde. Im übrigen geht die hier herrschende Ansicht dahin, daß, indem Deutschland sich die Wahl zwischen Osten und Westen vorbehält, das Werk Locarno seinen wesentlichen Inhalt verloren hat.

Es ist interessant, aus diesen Aeußerungen zu ersehen, daß der eigentliche Wert des Locarnowerkes nach alliierter Auffassung in erster Linie sächlich in der Lossösung Deutschlands von Rußland bestand.

Abgesehen von dieser entscheidenden Frage, ist man dem Vertrag weitgehende Rückwirkungen auf die Entwicklung der europäischen und sogar auch der asiatischen Verhältnisse zuschreiben zu müssen, wobei man noch die letztere Sorge neidlos dem englischen Freunde überläßt. Im allgemeinen ist der Gesamteindruck in Paris politischen reisen als eine böse Ueberraschung gekennzeichnet werden.

Die kritischen Betrachtungen der Presse unern an, bringen jedoch nicht mehr wesentliche Neues. Die Aufsätzungen einiger radikalsozialistischer Organe, die in verständiger Weise bemühen, die Bedeutung des Vertrages auf ertatsächliches Maß zurückzuführen und über die im Abendblatt ausführlich berichtet worden ist, haben vereinzelt; der weitaus größte Teil der Presse äußert sich

mehr oder minder scharfer Weise ablehnend.

Selbst ein Blatt wie die „Information", das bejaht ist Deutschland heute in eine allgemeinere ne sehr vermittelnde Stellung beobachtet, vertritt mit aller Entschiedenheit die Ansicht, daß der Vertrag mit der Locarno-Politik unvereinbar ist, und erklärt sogar, daß Stresemann in diesem Begleitbriefe einen Zunichtmachbeschen habe, wie er selten in einem diplomatischen dokument zu finden sei. „Die deutsche Politik dient sich aller Waffen, um eine Revision der Abgrenzung zu erreichen. Der Locarno-Geist zeigte a dieser Hinsicht eine Lücke, indem England ne Garantie dieser Grenze ablehnte; jetzt tritt Rußland in diese Lücke ein. Ist dadurch das Werk von Locarno gerettet?" Zum Schluß weist das Blatt darauf hin, daß der Vertrag erst nach der Ratifikation in Kraft trete, und deutet an, Deutschland werde in der Zwischenzeit versuchen, politische Geschäfte zu machen. Der „Intransigeant" bezeichnet den Vertrag als den

schwersten Schlag für Locarno und Genf

ich wirft die Frage auf, ob nun wieder in Europa das System der Bündnisse und des politischen Gleichgewichts an Stelle des Völkerbundgedankens treten werde.

Im übrigen wird übereinstimmend die Ansicht ut, daß die größten Schwierigkeiten von der

Haltung Deutschlands im Völkerbundsrat

zu erwarten seien. Man befürchtet, daß dadurch e ganze Mißstimmeit des Rates paralysiert und durch eine ganz neue Lage für das gesamte Völkerbundsproblem geschaffen werden könnte.

Vandervelde Auffassung.

Brüssel, 28. 4. (Sonderdienst der DAZ.)

Vandervelde sprach im Senat beim Etat des Auswärtigen Amtes über die belgische Außenpolitik. Er bedauerte, daß Deutschland durch den Eintritts in den Völkerbund. Es sei möglich, daß der Abschluß des deutsche-russischen Vertrages neue Schwierigkeiten mit sich bringe. Die deutsche Regierung wäre jedoch Unsern an bemüht gewesen, diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, und hätte die wesentlichen Klauseln in London, Paris und Brüssel mitgeteilt. Da aber diese Verträge unmittelbar auf die Verlagung der Genfer Versammlung gefolgt sei, so müsse er unverweidlich Grund zu Unsicherheit, um nicht zu sagen, zu Mißtrauen geben, es müsse aber anerkannt werden, daß der Vertrag, wenn er die bekannten Klauseln enthalte, in keiner Weise gegen den Geist und Buchstaben von Locarno verstoße. Er hoffe, daß die Schwierigkeiten, die in Genf entstanden, möglichst bald beseitigt würden. Deutschlands Eintritt auf Eintritt in den Völkerbund bleibe bestehen.

Deutscher Schritt in Bukarest.

Die deutsche Reichsregierung hat an die rumänische Regierung ein Note gerichtet, in der sie ihr äußerstes Bedauern über die Aeußerungen des rumänischen Gesandten in Paris, Herrn Diamandi, zum Ausdruck bringt. Der Gesandte hat in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Matin" über den Berliner Vertrag geäußert, Deutschland werde in Genf zwei Gesichte zeigen, das eine gefällig lächelnd gen Abend gerichtet, das andere forderndes und rachsüchtig gen Morgen. Diese Redensweise einer Diplomaten war in Berlin, angesichts bereits bewirkt worden, und man glaubte, diese Aeußerung nicht einfach hinnehmen zu können. Herr Diamandi wird sich kaum damit entschuldigen können, daß er Deutschland gegenüber nicht gerade freundschaftliche Gefühle im Busen trägt.

kbg. **Wien**, 28. 4. (Eigenbericht.)

Der ungarische Handelsminister hat heute eine Abordnung der streikenden Kohlenarbeiter aus Salgo Tarjan empfangen, denen beruhigende Zusicherungen wegen Erleichterung der wirtschaftlichen Lage ihres Unternehmens gemacht worden sind, wodurch auch die Lage der Bergarbeiter erleichtert werden wohlen.

Chamberlain über den Berliner Vertrag.

Seine Erklärung auf eine Anfrage im Unterhaus.

sx. **London**, 28. 4. (Eigenbericht.)

Auf eine Anfrage im Unterhause über den deutsch-russischen Vertrag erklärte Chamberlain, daß die britische Regierung sich nicht mit irgendeiner anderen Regierung zusammengetan habe, um Vorstellungen an Deutschland zu richten. Vor Abschluß des Vertrages hätte die deutsche Regierung Versicherungen abgegeben, daß der Vertrag sich gegen die Völkerbundsfassungen verstoßen würde. Er habe Lord d'Abernon beauftragt, die deutsche Regierung zu informieren, daß er notwendigerweise auf jeden Punkt große Bedeutung lege. Er habe jetzt den Text des Vertrages und der ausgetauschten Noten, habe aber noch keine Zeit gehabt, sie mit der Sorgfalt zu prüfen, die sie erfordern. Er wünsche, sein Urteil zurückzuhalten, bevor er die Dokumente gehörig untersucht habe. Angesichts der vom Deutschland empfangenen Versicherung halte er es nicht für möglich, irgendeine Vorstellung zu erheben über die hinaus, die von Lord d'Abernon gemacht worden seien. Auch sei er von niemand aufgefordert worden, einen solchen Schritt zu tun.

Auf eine weitere Anfrage erklärte er, daß der Vertrag mit der britischen Regierung über Artikel 16 der Völkerbundssatzungen in dem Brief festgelegt sei, der den deutschen Vertretern am 1. Dezember in London übergeben worden sei. Es sei ihm nicht bekannt, daß auf dem Kontinent oder irgendwo anders ein anderer Standpunkt vertreten werde. Auch Benesch habe diesen Brief unterzeichnet. Von einem Memorandum der tschechoslowakischen Regierung über den deutsch-russischen Vertrag sei ihm nichts bekannt. Zu den kommenden Völkerbundsverhandlungen über die Rätsche werde die britische Delegation ohne jede Bindung an etwaige frühere Verpflichtungen gehen. Ihre erste Aufgabe bestehe in der Sicherung des ständigen Ratssitzes für Deutschland.

Vor Ueberraschungen?

sx. **London**, 28. 4. (Eigenbericht.)

Die Presse wahrt nach wie vor große Zurückhaltung in der Bewertung des Berliner Vertrages. Die Beschränkungen, die geäußert werden, kommen über den Ton des Bedauerns nicht hinaus, durch die Geschäftsheit der Diplomatie Polens und der Kleinen Entente unterstützt. „Evening Standard" meint, daß auch die französische Regierung an sich nicht erfreut sein, daß aber trotzdem der Vertrag zum Vorwand gemacht werden könnte, weitere Bedingungen von Deutschland zu erpressen, bevor es in den Völkerbund eintrete. Die Kleine Entente und Polen seien der Ansicht, der Berliner Vertrag sei mit den Bestimmungen von Locarno unvereinbar, er entbinde sie daher von ihren Verpflichtungen, Deutschland als friedliches Ratsglied in den Völkerbund zuzulassen. Es sei Tatsache, daß sie damit drohten, ihr Veto gegen die Wahl Deutschlands einzulegen. Diese Haltung beeinflusse natürlich auch die französische Regierung, die befürgt sei, Weimarer Regierungsschreibern gerechtfertigt sich und ihren östlichen Alliierten zu vermeiden. Wenn sich auch Rumänien wegen Bessarabien vielleicht besonders bedroht fühle, und Polen wegen seiner geographischen Lage in erster Linie betroffen sehe, so brauche man die diplomatische Initiative bedweigen noch nicht nach dem Osten zu verlegen.

Auch Herr Benesch scheint ja bei der Abfassung seines Memorandums mehr ein Opfer seiner Eitelkeit als Verfasser juristischer Spitzfindigkeiten gewesen zu sein. Aus allem geht hervor, daß die Kanzleien hinter den Kulissen mit Hochdruck arbeiten und daß man auf Ueberraschungen gefaßt machen muß.

Washington, 23. 4.

Präsident Coolidge hat das unlängst vom Senat ratifizierte amerikanisch-italienische Schuldenabkommen heute unterzeichnet.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- und Geldmarkt.

Devisenkurse vom 4 Uhr nachmittags.

	28. 4.	27. 4.		28. 4.	27. 4.
Tägl. Geld...	3½ %	3½ %	Lond. 60 T.	4,82,00	4,81,5
Bankakzepte			Paris ...	3,26,00	3,34,00
(90 Tage)	3½	3½	Brüssel...	3,50,50	3,51,50
Pr. Geldsatz	3½	3½	Mailand...	4,02,50	4,02,75
Fr. Handelsw.			Zürich ...	19,335	19,34
Kurz. Kurz	4	4	Madrid ...	21,65	21,74
do. blanko	4½	4½	Kopenh...	26,17	26,18
Berlin ...	23,80—23,82	23,80—23,82	Prag ...	2,96½	2,96½
Wien ...	—	—	Rom ...	4,02½	4,02½
London ...	—	—	Oslo ...	14,50	14,46
Kabel Tr. ..	4,86 11/16	4,86½	Bilbao ...	64	63½

New Yorker Börse.

	28. 4.	27. 4.		28. 4.	27. 4.
43 St. Louis Prior.	83½	83½	75 Rep. Dawes Anl.	103	103
4½ do. mon. Prior.	70½	70½	15 Bell. Tel. 25	88	88½
Baltimore shares .	88½	88½	7 Bremer Anleihe.	94½	94½
Canad. Pacific ...	156½	156	15 Elektr. Licht.	87	87
Chesapeake Ohio .	121½	124½	7 Münch. v. 1925.	—	—
Chic. Rinnwsh. ...	115	114	7 Kaiserin v. 47	55½	55½
Erie ...	47½	47½	7 Deutsch. Kredit	97½	98
Illinois Prior ...	85½	85	7 Oest. Talbertbl.	101½	100
Pennsylvania ...	50½	52	7 Frankf. Gold-Bl.	99½	99½
Reading ...	86½	86	7 Mex. Anl. v. 99	—	—
Southern Pacific .	100½	100½	4 Mex. Gold v. 04	26½	26½
Union Pacific ...	148½	147½	6 Poln. Anl. 20 ...	88	88
American Can. ...	47	48½	7 A. E. G. 1925 ...	98	97½
Anaconda ...	44½	44½	15 Elektrowerke 26	88½	88½
Bethl. Steels ...	41½	41½	7 Fried. Krupp 25	95½	95½
General Electric.	327½	318	7 Rh.-Elbe-Union	—	—
General Motors ...	132½	127½	7 Rh. W. El. 1930	96	95½
Interg. Harvester.	118	118	7½ Leonh. Tietz .	96½	97
Standard Oil N. J.	48	48½	7 Stadt. Wrk. 25.	95½	95½
Studebaker ...	53½	52½	7 Siem. u. H. 1928	99½	99
U. S. Steel Corp.	121½	121½	7 Aug. Thyssen .	95½	95½

New York, Produktenmarkt.

	28. 4.	27. 4.		28. 4.	27. 4.
Kaffee Santos t.	22,—	22,—	Weizenmehl...	5,50	5,50
„ Rio loko .	19½	19 7/16	Rauhmer Stahl	35,90	35,90
„ Mai ...	17,75	17,75	Schmalz Wester.	13,25	14,05
„ Juli ...	16,55	16,60	Talg ...	8½	8½
„ Sept. ...	16,15	16,20	Pr. Staatsl. loko .	15,60	15,60
„ Dezbr. ...	15,30	15,35	„ Mai ...	13,10	13,15
Zucker Mai ...	14,96	15,07	Petroleum Cases	19,40	19,40
Baumwolle loco.	18,85	18,90	„ Tanks	8,00	8,00
„ Mai ...	18,64	18,64	Stand. wh.	15,00	15,00
„ Juli ...	18,16	18,16	Pennsyl. Rohöl	3,65	3,65
„ August...	17,91	17,91	Zucker Mai ...	2,44	2,48
„ Sept. ...	17,68	17,68	„ Juli ...	2,52	2,55
Reifzucker ...	14,000	19,000	„ Sept. ...	2,67	2,70
Kupfer elektr. .	18,—14	14	Kautsch. ctrpt. .	48½	48½
Zinn ...	63,00	63,75	„ shect. .	48	47½
Blei ...	8,50	8,50	Terpentin ...	86	93
Zink ...	6,90	6,95	„ Savannah	80	—
Eisen ...	21,75	21,75	Baumw. N. Orl. .	17,94	17,88

	28. 4.	27. 4.		28. 4.	27. 4.
Weizen, rot	187½	187½	Mehl, Sp.	7,00—8,00	7,00—8,00
Hartwinter .	188½	187½	Getrf. Engl.	1/6—2/0 sh	1/6—2/0 sh
Mais ...	94½	94½	Kontrakt	9—11 cts.	9—11 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	28. 4.	27. 4.		28. 4.	27. 4.
Weizen Mai...	164	162½	Schmalz Juli ...	14,77½	14,47½
„ Juli ...	149½	148½	Speck ...	15,87½	15,87½
Mais Mai ...	72½	72½	Speck ...	15,75	15,75
„ Juli ...	77½	77½	Lebende Schweine	12,50	12,50
Hafer Mai ...	41½	41½	Schweine Schlacht.	13,65	13,60
„ Juli ...	41½	41½	Schweine roher .	12,75	12,75
Roggen Mai...	88½	88½	Schweine Schlacht.	12,65	12,50
„ Juli ...	89½	89½	„ Chicago ...	14,000	25,000
Schmalz Mai ...	14,50	14,20	Zufuhr Weizen ...	160,000	104,000

Kritik um jeden Preis?

Aus unterrichteten parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die Dienstagausgabe der „Deutschen Zeitung" bringt